

## **P R E S S E M I T T E I L U N G**

Nr.  
10.03.2011

### **GRÜNE: Unwürdigen Bettelgang von Eltern für einen schulischen Integrationsplatz beenden**

Die schulpolitische Sprecherin der Grünen-Landtagsfraktion **Ina Korter** hat der Landesregierung vorgeworfen, die Umsetzung der Inklusion in der Schule in unverantwortlicher Weise aufzuschieben. "Die Landesregierung und ihre schwarz-gelbe Koalition betreiben eine Verzögerungstaktik auf Kosten der behinderten Kinder und ihrer Eltern", sagte die Grünen-Politikerin am Donnerstag (heute) auf einer Pressekonferenz ihrer Fraktion in Hannover. Auch zwei Jahre nach Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention habe sich in den hiesigen Schulen nichts geändert; CDU und FDP würden in den Landtagsausschüssen einen Gesetzentwurf der Grünen zur Verwirklichung des Rechtes auf Inklusion verschleppen.

"Noch immer müssen Eltern betteln, wenn sie einen Integrationsplatz suchen", sagte Korter. Und noch immer würden sie sich in vielen Fällen von Schulen und den Schulbehörden wie unliebsame Störenfriede behandelt fühlen.

Die Grünen-Politikerin erläuterte ihre Kritik anhand der Beispiele von drei Familien aus verschiedenen Regionen Niedersachsens.

So wurde ein 9-jähriges Mädchen entgegen einer Empfehlung des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf von der Schulbehörde auf eine Förderschule geschickt. Mit ihrem Wunsch, das Mädchen stattdessen in eine Integrationsklasse aufzunehmen, wurden die Eltern von Grundschule zu Grundschule geschickt. Einen Integrationsplatz hat die Schülerin bis heute nicht erhalten.

Die Integration eines 15-jährigen Schülers, der an hochgradiger Legasthenie leidet, droht an mangelnder Unterstützung in der Schule zu scheitern. Seiner Integrationshelferin ist gekündigt worden. Der Jugendliche weigert sich inzwischen aus Angst die Schule zu besuchen.

Ein 7-jähriger Junge, der an Sprachverzögerung leidet, sollte zunächst von der zweiten in die erste Klasse zurückversetzt werden. Dann wurde eine Überweisung an eine Förderschule angestrebt. Die damit verbundenen Konflikte zwischen Elternhaus und Schule eskalierten, wodurch sich ebenfalls die Schulangst des Kindes verstärkte.

Korter betonte, ihr lägen zahllose Schreiben von Eltern vor, die ähnliche Konflikte mit der Schule oder der Schulbehörde erleben müssten. Elke Lengert vom Verein mittendrin e.V. bestätigte, dass es sich hier nicht nur um Einzelfälle handle, sondern "Familien mit Kindern, bei denen ein sonderpädagogischer Förderbedarf besteht, müssen oft zahlreiche Widerstände bei den Schulen selbst, bei zuständigen Behörden und oft sogar bei Eltern von Kindern ohne Förderbedarf überwinden. Die Angst vor Veränderungen, aber auch vor Überforderung ist an Schulen so groß, dass es häufig einfacher ist, massiven Druck auf Familien auszuüben, als sich auf den Weg zur Inklusion zu begeben."